

KREISSTADT  
BAD HERSFELD

DIE STADTVERORDNETEN-  
VERSAMMLUNG

---

STADTVERORDNETENVORSTEHER

1.  
Hessische Landesregierung  
Herrn Ministerpräsident Volker Bouffier  
Georg-August-Zinn-Str. 1

Postfach 1753  
36247 Bad Hersfeld  
Weinstraße 16  
36251 Bad Hersfeld

65183 Wiesbaden

Telefon (06621) 201 201  
Telefax (06621) 201 343

---

Bad Hersfeld, 23.03.2018

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld hat in ihrer Sitzung am 22.03.2018 einstimmig die nachstehende

### **Resolution**

#### zu den Straßenausbaubeiträgen

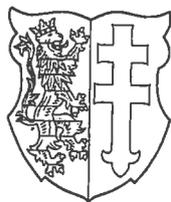
gefasst. Ich erlaube mir höflichst, Ihnen den Wortlaut des Beschlusses zu übermitteln:

(„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“)

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Lothar Seitz

2. Z. d. A.



KREISSTADT  
BAD HERSFELD

DIE STADTVERORDNETEN-  
VERSAMMLUNG

---

STADTVERORDNETENVORSTEHER

1.  
Präsidenten des Hessischen Landtags  
Herr Norbert Kartmann  
Schlossplatz 1 - 3

Postfach 1753  
36247 Bad Hersfeld  
Weinstraße 16  
36251 Bad Hersfeld

65183 Wiesbaden

Telefon (06621) 201 201  
Telefax (06621) 201 343

---

Bad Hersfeld, 23.03.2018

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld hat in ihrer Sitzung am 22.03.2018 einstimmig die nachstehende

### **Resolution**

#### zu den Straßenausbaubeiträgen

gefasst. Ich erlaube mir höflichst, Ihnen den Wortlaut des Beschlusses zu übermitteln:

(„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“)

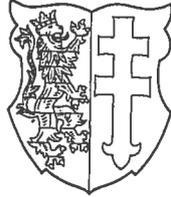
Mit freundlichen Grüßen



Prof. Lothar Seitz

2. Z. d. A.





KREISSTADT  
BAD HERSFELD

DIE STADTVERORDNETEN-  
VERSAMMLUNG

---

STADTVERORDNETENVORSTEHER

1.  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag  
Fraktionsvorsitzender  
Herrn Thorsten Schäfer-Gümbel  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Postfach 1753  
36247 Bad Hersfeld  
Weinstraße 16  
36251 Bad Hersfeld  
Telefon (06621) 201 201  
Telefax (06621) 201 343

---

Bad Hersfeld, 23.03.2018

Sehr geehrter Herr Schäfer-Gümbel,

die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld hat in ihrer Sitzung am 22.03.2018 einstimmig die nachstehende

### **Resolution**

#### zu den Straßenausbaubeiträgen

gefasst. Ich erlaube mir höflichst, Ihnen den Wortlaut des Beschlusses zu übermitteln:

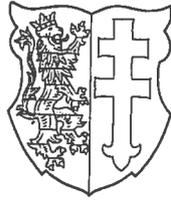
(„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“)

Mit freundlichen Grüßen

  
Prof. Lothar Seitz

2. Z. d. A.





KREISSTADT  
BAD HERSFELD

DIE STADTVERORDNETEN-  
VERSAMMLUNG

---

STADTVERORDNETENVORSTEHER

1.  
CDU-Fraktion im Hessischen Landtag  
Fraktionsvorsitzender  
Herrn Michael Boddenberg  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Postfach 1753  
36247 Bad Hersfeld  
Weinstraße 16  
36251 Bad Hersfeld  
Telefon (06621) 201 201  
Telefax (06621) 201 343

---

Bad Hersfeld, 23.03.2018

Sehr geehrter Herr Boddenberg,

die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld hat in ihrer Sitzung am 22.03.2018 einstimmig die nachstehende

### **Resolution**

#### zu den Straßenausbaubeiträgen

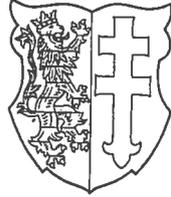
gefasst. Ich erlaube mir höflichst, Ihnen den Wortlaut des Beschlusses zu übermitteln:

(„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“)

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Lothar Seitz

2. Z. d. A.



KREISSTADT  
BAD HERSFELD

DIE STADTVERORDNETEN-  
VERSAMMLUNG

---

STADTVERORDNETENVORSTEHER

1.  
FDP-Fraktion im Hessischen Landtag  
Fraktionsvorsitzender  
Herrn René Rock  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Postfach 1753  
36247 Bad Hersfeld  
Weinstraße 16  
36251 Bad Hersfeld  
Telefon (06621) 201 201  
Telefax (06621) 201 343

---

Bad Hersfeld, 23.03.2018

Sehr geehrter Herr Rock,

die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld hat in ihrer Sitzung am 22.03.2018 einstimmig die nachstehende

### **Resolution**

#### zu den Straßenausbaubeiträgen

gefasst. Ich erlaube mir höflichst, Ihnen den Wortlaut des Beschlusses zu übermitteln:

(„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“)

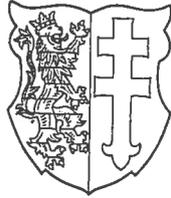
Mit freundlichen Grüßen



Prof. Lothar Seitz

2. Z. d. A.





KREISSTADT  
BAD HERSFELD

DIE STADTVERORDNETEN-  
VERSAMMLUNG

---

STADTVERORDNETENVORSTEHER

1.  
DIE LINKE-Fraktion im Hessischen Landtag  
Fraktionsvorsitzende  
Frau Janine Wissler  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Postfach 1753  
36247 Bad Hersfeld  
Weinstraße 16  
36251 Bad Hersfeld  
Telefon (06621) 201 201  
Telefax (06621) 201 343

---

Bad Hersfeld, 23.03.2018

Sehr geehrte Frau Wissler,

die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld hat in ihrer Sitzung am 22.03.2018 einstimmig die nachstehende

### **Resolution**

#### zu den Straßenausbaubeiträgen

gefasst. Ich erlaube mir höflichst, Ihnen den Wortlaut des Beschlusses zu übermitteln:

(„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“)

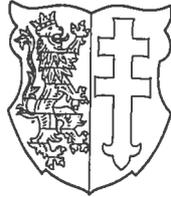
Mit freundlichen Grüßen



Prof. Lothar Seitz

2. Z. d. A.





KREISSTADT  
BAD HERSFELD

DIE STADTVERORDNETEN-  
VERSAMMLUNG

---

1.  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion  
im Hessischen Landtag  
Fraktionsvorsitzender  
Herrn Mathias Wagner  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

STADTVERORDNETENVORSTEHER

Postfach 1753  
36247 Bad Hersfeld  
Weinstraße 16  
36251 Bad Hersfeld

Telefon (06621) 201 201  
Telefax (06621) 201 343

---

Bad Hersfeld, 23.03.2018

Sehr geehrter Herr Wagner,

die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld hat in ihrer Sitzung am 22.03.2018 einstimmig die nachstehende

### **Resolution**

#### zu den Straßenausbaubeiträgen

gefasst. Ich erlaube mir höflichst, Ihnen den Wortlaut des Beschlusses zu übermitteln:

(„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Abschaffung der § 11 und § 11a des hessischen KAG (Kommunales Abgabengesetz, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen) und teilt ausdrücklich die Forderung nach einem finanziellen Ausgleich bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bad Hersfeld fordert die Landesregierung und die Fraktionen im hessischen Landtag auf, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ zu schaffen, diese mit ausreichenden Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen und in Kraft treten zu lassen.“)

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Lothar Seitz

2. Z. d. A.

